Kernkraft - Lernkraft

Autor(en): **Jenni, Daniele**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **- (1986)**

Heft 4: **Ausstieg**

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-586794

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Das Berner Symposium

Am 23. November fand in Bern ein gesamtschweizerisches Symposium statt, mit dem Titel «Wie legen wir die AKWs still?» Teilgenommen haben mehr als hundert VertreterInnen aus 41 Gruppen und Organisationen.

«Die sofortige und gleichzeitige Stilllegung aller Atomanlagen in der Schweiz ist politisch nicht durchsetzbar. Darum ist es notwendig, einen ‹Ausstieg in Raten› durchzuführen. Das erste Glied in dieser Kette ist zweifellos Mühleberg. (…) Man / Frau einigte sich, national eine Grosskampagne zu starten, welche im Frühling 1987 beginnt. (…) Die Initiativen können nicht im Zentrum einer Kampagne stehen. Der Abstimmungstermin ist zu weit entfernt, so dass eine Konzentration der AKW-GegnerInnen auf die Intitiativen im Moment falsch wäre. Diese Meinung teilten auch die Vertreter der beiden Komitees. Die Bedeutung der Initiativen liegt heute in ihrem unterstützenden Charakter. (…) Aus diesem Grund unterstützt das Symposium mehrheitlich beide Initiativen.»

Zum Beispiel Kaiseraugst, Zeitung der GAGAK.

Lernbatzen – Brief an E-Werke

«Wir machen seit zehn Jahren Umweltpolitik in einer ländlichen Region und haben dabei die Erfahrung gemacht, dass es ‹auf dem Dorf› sehr schwierig ist, Leute zum zivilen Ungehorsam im Zusammenhang mit der Stromrechnung zu motivieren. Dennoch meinen wir, dass das fortgesetzte Schweigen (zur Stromrechnung) einem Nicken (zur wahnwitzigen Schweizer Atompolitik) gleichkommt. Wir haben deshalb die Idee Lernbatzen entwickelt und einen Musterbrief an die Elektrizitätswerke verfasst: «Nun ist uns natürlich klar, dass Sie diese Vorschläge (gemeint sind die Vorschläge fürs Energiesparen) nicht unbesehen von heute auf morgen in die Tat umsetzen können. Auch uns hat es Zeit gekostet, uns seriös zu informieren. Wir haben deshalb beschlossen, unsere Stromrechnung fortan um einen kleinen Betrag aufzurunden, den wir gerne Lernbatzen nennen möchten.

Verwenden Sie ihn bitte für die Bezahlung von Unterlagen und Personal, um die Neugestaltung der Tarifpolitik an die Hand zu nehmen. Wegen der Aufstockung des Stromrechnungsbetrages um den Lernbatzen müssen wir nun leider anstelle der vorgedruckten blauen einen grünen Einzahlungsschein ausfüllen. Im Interesse einer zukunftsgerichteten Energiepolitik nehmen wir aber den Mehraufwand gerne auf uns.»

Die obigen Texte stammen von der Gruppe Energie + Umwelt Zürcher Oberland, Postfach, 8608 Bubikon. Musterbriefe sind hier erhältlich.

L'Énergie – notre Affaire

Mit 37095 Ja-Stimmen gegen 25074 Nein-Stimmen haben sich die Genfer StimmbürgerInnen gegen die Atomenergie ausgesprochen. Mit der angenommenen Initiative werden die Genfer Behörden verpflichtet, sich mit allen Mitteln gegen den Bau von Atomkraftwerken und die Lagerung von radioaktiven Stoffen in und um Genf zu wehren. Weiter enthält die Initiative einen umfassenden Massnahmenkatalog zur Förderung des Energiesparens und erneuerbarer Energien.

Verpasste Chance in Zürich

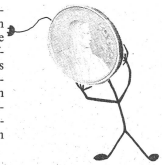
Die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben die Zürcher Parlamente. Sowohl der Stadtzürcher Gemeinderat wie der Zürcher Kantonsrat lehnten Vorstösse zum Ausstieg aus der Atomenergie ab.

Ein pikantes Detail aus der Zürcher Gemeinderatssitzung: eine allgemein gehaltene Ausstiegsmotion der Sozialdemokraten scheiterte nur knapp mit 61 zu 57 Stimmen. Einige Landesringler und «Evangelische» erwiesen sich als Totengräber einer neuen Energiepolitik. Nein stimmten vom Landesring: Hermann Aebi, Emil Grabner, Andreas Müller, Rosmarie Steiner. Von der EVP gesellten sich dazu: Heinrich Rihs, Theophil Toggweiler, Erika Welti.

Können, müssen – wollen

Rede von Eva Metzger, Chur, anlässlich der Pressekonferenz zur Lancierung der Ausstiegsinitiative, 22.10.86.

Meine Damen und Herren,
ich vertrete in diesem Initiativkomitee



die Überzeugung, dass wir die Atomenergie verlassen *müssen,* weil wir überhaupt keine andere Wahl haben. Ich habe die Ohren und die Nase voll von der Frage, ob wir uns von der Atomenergie abwenden *können,* ob der Ausstieg «möglich» ist. Das ist eine erbärmliche und von Grund auf falsch gestellte Frage. (…) Soll das tatsächlich unser einziges Kriterium sein? Die Wirtschaftswelt erlaubt sich sogar die Frage: «Können wir uns den Ausstieg leisten?» Als ginge es noch immer um positive Ertragsbilanzen und steigende Konsumzahlen, mithin um ein längst zur Groteske verkommenes Wirtschaftswachstum! Die Frage nach dem «Können» ist ein Ablenkungsmanöver. Ich will anders fragen, und dabei von dem reden, was niemand hören will. Das ist mein einziges Anliegen hier.

Die Abkehr von der Atomenergie ist überhaupt keine Frage des Könnens, sondern des *Müssens.* Ich brauche die entsetzlichen Gefahren der Atomenergie nicht mehr darzustellen. Wir haben unseren grossen Unfall gehabt, und wir haben laufend, auch in der «sicheren» Schweiz, unsere kleinen Unfälle. Das tiefe Erschrecken darüber sollte uns nur noch vor eine Frage stellen: *Dürfen* wir auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen? *Müssen* wir nicht einfach umkehren, wenn wir noch einen letzten Rest Liebe zur Erde mit all ihren Wundern in uns spüren?

Damit gelangen wir in einen Bereich, den Technik und Wissenschaft seit Jahrhunderten radikal von sich abgetrennt haben. Die Frage nach dem «Dürfen» ist eine moralische, oder wie es die Intellektuellen lieber hören, eine ethische. Moral und Ethik aber sind mit Werturteilen verbunden, und diese hängen weder von Zahlen und Kurven noch von Statistiken und Bilanzen ab. Moral ist nicht quantifizierbar, deshalb haben Wissenschaft und Technik sie aus ihren Labors verbannt. Menschsein im umfassenden Sinn aber findet nicht in einem wertfreien Labor statt, sondern ist eine lebenslange Gratwanderung auf der Schneide zwischen *Können und Dürfen.* (…) Zwar versuchen wir, unsere höchstpersönliche Verantwortung bei unseren Experten gegen Risikoberechnungen einzutauschen. Zwar verschieben wir die Frage nach dem Dürfen pausenlos von der Ebene des ganzen Menschen auf das unverbindliche Parkett des Quantitativen; ein Verhalten, das uns zur zweiten Natur geworden ist, nachdem wir uns jahrhundertelang in amputierter Kopf-Unmenschlichkeit geübt haben. In der Ausstiegsfrage gibt es nur eines: Entlassen wir die Experten! Nehmen wir die Verantwortung, die wir vergeblich auf sie abzuschieben versucht haben, zurück. Als ganze Menschen wissen wir, dass wir der Schöpfung die Atomenergie mit ihren Folgen keine Stunde länger zumuten dürfen. Dies ist die einzige angemessene Entscheidungsebene. Lassen wir uns nicht mehr länger ins Quantitative abdrängen, verweigern wir uns den Statistiken und den schamlosen Risikoberechnungen und beharren wir darauf: Wir *können* der Atomenergie ein Ende machen, weil wir es *müssen* und als fühlende und denkende Menschen *wollen.* Vor diesem Hintergrund ist mir die vorliegende Initiative eigentlich zu lau: Ausstieg «so rasch als möglich» kann ja, wenn wir unsere Verantwortung radikal verstehen, nur heissen «sofort».

Für mich als Bewohnerin eines Bergkantons von grossartiger Schönheit, hat die Ausstiegsfrage noch einen besonderen moralischen Gehalt. Wir *dürfen* nicht noch mehr Wunden in das Gesicht der unberührten Gebirgswelt schlagen, damit Strom aus todbringenden Atomkraftwerken mit Gewinn vermarktet werden kann. Die meisten der noch geplanten Wasserkraftwerke sind Pumpspeicherwerke und damit nichts anderes als AKW-Filialen. (…)

Nun ein letztes: Es ist normal geworden und wird sogar begrüsst, wenn eine Frau so spricht. Seit wir öffentlich reden dürfen, hat man uns diesen Teil einfach zugeschoben. Ich möchte die Ausstiegsdiskussion dazu benützen, um diese Delegation zurückzugeben. Ich möchte die Schweizer Männer auffordern, auch in ihren Reihen Können und Dürfen endlich miteinander zu verknüpfen und sich nicht länger in die Verantwortungslosigkeit des quantitativen Denkens zu verkriechen. Die moralische Frage muss auch für Männer zum täglichen, selbstverständlichen Thema werden. Dann ist das Zeitalter der Spaltung zu Ende und der Ausstieg beschlossene Sache.

Berner Ausstieg überschätzt?

Die Beschlüsse des bernischen Grossen Rates über das Atomkraftwerkprojekt Graben und den Ausstieg aus der Atomenergie wurden weitherum als wesentliche Kehrtwendung in der schweizerischen Energiepolitik betrachtet. Leider führt eine genauere Betrachtung aber zum Schluss, dass die Tragweite der grossrätlichen Entscheide weit überschätzt wurde. Dem Parlament lagen zu Beginn drei Vorstösse vor: Eine Motion Rickenbacher (SP), die einen planmässigen Ausstieg aus der Atomenergie verlangte, aber keine Fristen setzte, eine Motion Schärer (POCH), die den Verzicht auf Graben und die Abschaltung des AKWs Mühleberg verlangte, und eine Motion Theiler (Demokratische Alternative DA), die die endgültige und sofortige Nichtwiederinbetriebnahme des Werkes Mühleberg anstrebte.

Erst während der Novembersession wurde eine weitere Motion, von Rychen (SVP), eingereicht, welche neben den (abgeschwächten) Anliegen der Motion Rickenbacher die beiden folgenden Punkte enthielt: «Der Regierungsrat wird verpflichtet, bei allen Ausstiegsmodellen Wettbewerbsnachteile für die bernische Wirtschaft, einseitige und ungerechte Belastungen einzelner Gruppierungen oder Regionen … zu verhindern» und «Der Regierungsrat wird beauftragt, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, dass die Betriebssicherheit des Kernkraftwerkes Mühleberg stets dem neuesten technischen Stand angepasst wird».

Die Motionen Rickenbacher, Schärer und Theiler wurden zu Beginn von der SVP- wie von der FDP-Fraktion zur Ablehnung empfohlen. Im Laufe der Debatte kam aber von SVP-Seite der Hinweis, ein Teil der Fraktion würde die Motion Rickenbacher und den Graben betreffenden Teil der Motion Schärer annehmen, sofern auch der Motion Rychen zugestimmt würde. Eine Mehrheit des Rates stimmte hierauf der Motion Rychen zu, Teile der Freien Fraktion (DA, POCH, jurassische Autonomisten) und Vereinzelte lehnten sie ab. Eine (bäuerliche) Mehrheit der SVP stimmte hierauf der Motion Rickenbacher (total 126:52) und jenem Punkt der Motion Schärer, der Graben betraf, zu (114:64). Der zweite, Mühleberg betreffende Punkt dieser Motion und die Motion Theiler wurden grossmehrheitlich abgelehnt. Eine auch hierfür beantragte Abstimmung unter Namensaufruf erfolgte nicht, weil die SP-Fraktion diesem Antrag ihre Unterstützung versagte.

Nun war schon vor der denkwürdigen Novembersession mehr als nur absehbar, dass das Projekt Graben kaum Realisierungschancen hatte. In diesem Sinn kommt dem Beschluss des Grossen Rates wohl einzig die Bedeutung einer schicklichen Beerdigung eines bereits Verstorbenen zu. Hingegen wäre die Stillegung des veralteten und unsicheren Atomkraftwerkes Mühleberg ein entscheidender Schritt in Richtung Ausstieg gewesen. Dieser Schritt unterblieb, ja das Werk wird für 106 Millionen Franken ausgebaut und in seiner Lebensdauer verlängert. Daneben werden Ausstiegsszenarien untersucht, die aber niemandem, insbesondere nicht der (Wachstums-)Wirtschaft, weh tun dürfen und für deren Realisierung keine Frist bestimmt ist.

Die Bilanz ist eher ernüchternd. Wo der Karren sowieso gelaufen ist (Graben) oder sich im theoretischen Raum bewegen darf (Ausstiegskonzepte), wurden Beschlüsse gefasst, wo konkrete Massnahmen zu treffen und möglich gewesen wären (Mühleberg), wurde gegenteilig entschieden.

Eine Hoffnung bleibt immerhin: Die mehrheitlich aus Vertretern der SP und der Freien Liste zusammengesetzte Regierung kann nun mit einer gewissen parlamentarischen Rückendeckung Gewichte setzen. Sie wird sich aber dazu durchringen müssen, den Staatsvertretern im Verwaltungsrat der Bernischen Kraftwerke vermehrt und entschiedener Weisungen zu erteilen. Ob sie dies tun wird, ist offen; betreffend Mühleberg hat sie sich jedenfalls bis anhin geweigert, ihre Möglichkeiten in dieser Hinsicht wahrzunehmen. *Daniele Jenni*

KKL KERNKRAFTWERK LEIBSTADT AG
Kernkraft
KKM Kernkraftwerk Mühleberg der Bernischen Kraftwerke AG
KKG Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG
Lern
kraft